

Beate Kosmala

Verbotene Hilfe

Rettung für Juden in Deutschland
1941-1945



Reihe
Gesprächskreis
Geschichte
Heft 56

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Gesprächskreis Geschichte

Heft 56

Beate Kosmala

Verbotene Hilfe

Rettung für Juden in Deutschland 1941 - 1945

Vortrag, gehalten auf einer Veranstaltung der
Friedrich-Ebert-Stiftung in Verbindung mit dem Verein
„Gegen Vergessen – Für Demokratie“
am 28. September 2004 in Bonn

Friedrich-Ebert-Stiftung
Historisches Forschungszentrum

ISSN 0941-6862
ISBN 3-89892-340-1

Herausgegeben von Dieter Dowe
Historisches Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kostenloser Bezug beim Historischen Forschungszentrum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel.: 0228 – 883-473
E-mail: Doris.Fabritius@fes.de

© 2004 by Friedrich-Ebert-Stiftung
Bonn (-Bad Godesberg)
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn
Druck: Toennes Druck + Medien GmbH, Erkrath
Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2004

Vorwort

Bereits während der Gründungsphase des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ im Jahre 1992/93 wurde auf Anregung der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem ein Projekt über Menschen, die Juden lebensrettende Hilfe leisteten, ins Leben gerufen. Nach den in Israel gesammelten Unterlagen wurde die Zahl der in Deutschland geretteten Juden auf 10.000 Personen geschätzt. Von den Rettern kannte man jedoch zum damaligen Zeitpunkt lediglich etwa 300. Es lag nahe, dieses Ungleichgewicht ein Stück weit zu reduzieren. Auf Vermittlung von Manfred Struck und mit anhaltend intensiver Unterstützung durch Dr. Hans-Jochen Vogel und Heinz Westphal konnten zunächst die Körber-Stiftung und sodann die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, die Robert Bosch Stiftung, der Stifterverband der deutschen Wissenschaft und in der letzten Phase bis Ende 2002 auch die Kulturstiftung der Deutschen Bank als Sponsoren des Projekts gewonnen werden.

Schon bald übernahm Prof. Dr. Wolfgang Benz, der Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin, die Leitung des Projekts. Die Bearbeiter, die 1997 ihre Arbeit aufnahmen, stützten sich auf die Arbeitsergebnisse einer Gruppe von Wissenschaftlerinnen, die bereits in den 80er Jahren Interviews mit Rettern und Untergetauchten durchgeführt, unveröffentlichte Lebensberichte und Zeugnisse aus persönlichem Besitz gesammelt und erste Ergebnisse am Beispiel Berlins präsentiert hatten.

Die im Anhang wiedergegebenen Buchveröffentlichungen sind – mit Ausnahme der eigenständig finanzierten Titel von Wolfram Wette – aus diesem Forschungsprojekt hervorgegangen.

Der Herausgeber möchte mit dieser Veröffentlichung dazu anregen, weitere Menschen, die Juden lebensrettende Hilfe leisteten, zu suchen und ihre Aktivitäten zu dokumentieren. Hilfestellung dazu leisten der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin sowie die israelische Botschaft.

Bonn, im Dezember 2004

Dieter Dowe

Beate Kosmala

Verbotene Hilfe

Rettung für Juden in Deutschland 1941-1945

Lange Zeit gab es weder in der Bundesrepublik noch in der DDR ein breites öffentliches und wissenschaftliches Interesse an der Erforschung der Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland. Unterschwellig oder offen bestanden gegen jene Deutsche, die den tödlich bedrohten Juden verbotene Hilfe leisteten, Ressentiments. Entweder störten Rettungsgeschichten die allseits bekundeten Ausreden, man habe von den Massenmorden nichts gewusst und gegen die Maßnahmen des NS-Systems nichts tun können, oder die Helfer wurden gar als Außenseiter und im Extremfall als Verräter an der „Volksgemeinschaft“ betrachtet. Erst seit wenigen Jahren werden Helfer und Retter allmählich als „stille Helden“ gewürdigt.

Allerdings erschienen schon seit den 50er Jahren (auto)biographische Berichte, meist von Überlebenden, sowie literarische Darstellungen zu diesem Themenkomplex. Seit Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre entstanden Studien, die sich mit dem Schicksal der Juden auf lokaler und regionaler Ebene beschäftigten und in denen das Überleben im Untergrund eines von verschiedenen Verfolgungsschicksalen darstellt. Nicht zuletzt trug auch die Erschließung mündlicher Quellen durch die Oral History dazu bei, solche Überlebensgeschichten zu sichern. Neueren Datums sind

dagegen regionale Untersuchungen, die die „Rettung“ in den Mittelpunkt stellen, wie etwa die Studie über Hilfe für Verfolgte im Rheinland von Günther B. Ginzel und seinen Mitarbeitern in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Gemeinsam ist diesen Quellen bzw. Veröffentlichungen, dass sie einzelne Fälle von Hilfe beschreiben oder Rettungsaktionen von Gruppen rekonstruieren und die Alltagsprobleme darstellen, mit denen Helfer wie Verfolgte zu kämpfen hatten.

Im Unterschied hierzu sind vor allem in den USA Arbeiten entstanden, die anhand verschiedener Samples aus autobiographischen Berichten und Interviews mit soziologischen und sozialpsychologischen Kategorien versuchen, generalisierende Aussagen über die Retter und ihr Verhalten bzw. ihre Motivation zu treffen. Am bekanntesten ist hier die Studie von Samuel und Pearl Oliner (*The Altruistic Personality. Rescuers of Jews in Nazi Europe*, New York 1988) geworden, die mit standardisierten Fragebögen resp. Interviews und einer Kontrollgruppe arbeiten. Über die Erfassung von Persönlichkeitsmerkmalen, die ihres Erachtens die Retter von den Nicht-Rettern unterscheiden, konstruieren sie Rettertypen, bei denen die „altruistische Persönlichkeit“ im Vordergrund steht.

Die Beschäftigung mit Rettern und Helfern in Deutschland muss jedoch in Rechnung stellen, dass die Judenverfolgung nicht wie im besetzten Europa von einer fremden Okkupationsmacht ausging, sondern aus dem eigenen Staat und der eigenen Gesellschaft erwuchs, was diejenigen, die sich entgegenstellten, noch stärker isolierte, als dies in anderen Ländern der Fall war. Erst in den letzten Jahren wurden entsprechende Hilfeleistungen als Wi-

derstand wahrgenommen und anerkannt. Ich nehme hier vorweg: Ihre Zahl war relativ gering, aber es waren mehr, als lange angenommen.

Neben einer Reihe von Publikationen entstand nun eine differenzierte Datenbank, die mehr als 3 000 Namen von Personen erfasst, die nachweislich und in erheblichem Ausmaß, wenn auch in unterschiedlicher Weise, an der Rettung verfolgter Juden in Deutschland beteiligt waren. Außerdem wurden Daten von etwa 2 600 Jüdinnen und Juden, die „illegal“ gelebt hatten, gesammelt. Darunter befinden sich auch zahlreiche Fälle missglückter Flucht in den Untergrund, die genauere Rückschlüsse auf die Ahndung der „Judenbegünstigung“ zulassen.

***Zwischen Ahnen und Wissen:
Die Flucht vor der Deportation***

Versetzen wir uns in das Jahr 1941: Die 164 000 Personen, die – unabhängig von ihrem Selbstverständnis und Glaubensbekenntnis - aufgrund der Nürnberger Gesetze zu Juden erklärt worden waren und im Herbst 1941 noch in Deutschland lebten, waren durch die nationalsozialistische Verfolgung eine isolierte, verarmte und überalterte Gruppe, darunter 32 000 mehr Frauen als Männer. Seit 1940 standen fast alle Arbeitsfähigen im Zwangsarbeitseinsatz. 1941 lebten die jüdischen Deutschen innerhalb einer Zwangsgemeinschaft; die meisten waren schon in so genannten Judenhäusern bzw. Lagern konzentriert. Die jüdischen Deutschen im Reich mussten seit Mitte September den „Judenstern“ tragen, am 15. Oktober 1941 begann das Regime mit dem Abtransport der jüdischen Minderheit nach Lodz, Minsk, Kaunas und Riga. Wenige Tage später, am 23. Oktober 1941, wurde ein endgültiges Auswanderungsverbot verfügt. Damit wurde Deutschland für alle Juden, die nicht rechtzeitig emigriert waren, zur tödlichen Falle. Wenige Tage nach Beginn der Deportationen, am 24. Oktober 1941, wurde in einem Runderlass des Reichssicherheitshauptamtes (RSAH) der Kontakt zu den ausgegrenzten Juden zur strafbaren Handlung erklärt.

Für die von der Deportation Bedrohten war seit Herbst 1941 der einzige Ausweg aus dieser Falle neben dem Freitod nur noch die Flucht in den Untergrund. Die genaue Zahl derjenigen, die eine Chance sahen, sich dem Zugriff der Gestapo zu entziehen und unterzutauchen, kann für Deutschland kaum mehr exakt ermittelt

werden. Zwischen 1941 und Kriegsende waren es schätzungsweise 10 000 bis 15 000 Personen. Etwa einem Drittel, d.h. bis 5 000, gelang es, auf diese Weise zu überleben. Fast die Hälfte derer, die sich in Deutschland zur Flucht in den Untergrund entschlossen, nämlich 7 000, taten dies in Berlin. Mindestens 1 500 von ihnen erlebten die Befreiung. Vergleicht man diese Zahl mit der anderer Großstädte, erscheint die Reichshauptstadt in Bezug auf die Überlebenschancen als Ausnahme. In den Berichten Überlebender werden dafür oft die besondere Integration des jüdischen Bevölkerungsteils in dieser Stadt, die Mentalität der jüdischen und nichtjüdischen Berliner sowie die Unübersichtlichkeit dieser größten Metropole als mögliche Gründe für dieses Phänomen benannt. Andere Faktoren waren ebenfalls ausschlaggebend. In Berlin lebte 1941 mit fast 74 000 Personen fast die Hälfte der noch in Deutschland verbliebenen Juden, und im Februar 1943 befanden sich noch etwa 15 000 dort.

Diejenigen, die mit den ersten Transporten aufbrechen mussten, taten dies überwiegend im Glauben, dass ihnen zwar harte Zwangsarbeit im Osten drohe, sie aber den Krieg dort überleben könnten. Im Lauf des Jahres 1942 verbreiteten sich in Deutschland immer mehr Gerüchte über die Massenerschießungen im Osten und über die Konzentrations- und Vernichtungslager. Die Vorstellung von den Massenmorden erschien jedoch so ungeheuerlich, dass selbst jene, die etwa durch verbotenes Abhören ausländischer Sender von den Vorgängen erfahren hatten, sich oft noch sträubten, dies zu glauben. Erst im Herbst 1942, verstärkt seit Dezember 1942, versuchten immer mehr Juden in Berlin, sich der Deportation zu entziehen. Das heißt: Mehr als drei Viertel derer, die in Ber-

lin untertauchten, entschlossen sich erst zwischen dem Spätherbst 1942 und Ende Februar 1943 zu diesem Schritt, als Angehörige bereits deportiert worden waren und die eigene Verschleppung bevorstand. Für die meisten war ein letztes Signal für die Flucht in den Untergrund die so genannte Fabrik-Aktion vom 27./28. Februar 1943. Es handelte sich um eine reichsweite Großrazzia, durch die alle noch in Deutschland verbliebenen Juden, überwiegend Zwangsarbeiter in kriegswichtigen Betrieben, verschleppt werden sollten. Insbesondere die Reichshauptstadt sollte nun „judenrein“ werden. Während aber in anderen Regionen und Städten die großen Deportationswellen meist abgeschlossen waren und nur noch verhältnismäßig kleine Transporte zusammengestellt wurden, verließen fünf Transporte mit rund 7 000 Menschen binnen sechs Tagen Berlin. Die zuständige Rüstungsinspektion stellte allerdings fest, dass mit dem Abzug aller jüdischen Zwangsarbeiter 11 000 Beschäftigte fehlten. Nach diesen Angaben ist davon auszugehen, dass Ende Februar 1943 mehr als 4 000 Juden vor der Razzia geflüchtet und in der Stadt untergetaucht waren, viele lebten ja noch mit Angehörigen.

Die Tatsache, dass verhältnismäßig viele jüdische Zwangsarbeiter dieser gut vorbereiteten und brutal durchgeführten Aktion entkommen konnten, hängt damit zusammen, dass zahlreiche Personen in Berlin vorher davon Kenntnis hatten. Die Anordnungen des RSHA kursierten mehrere Tage bei Polizei und Verwaltung, die Firmen waren informiert und der Werkschutz mobilisiert worden. Ein Teil dieses Personenkreises war bereit, dieses Wissen an die Betroffenen weiterzugeben. Zahlreiche Überlebende berichteten später, dass sie vorgewarnt wurden und an diesem Tag (oder in

diesen Tagen) ihrem Arbeitsplatz fernblieben, aus ihrer Wohnung verschwanden und schließlich untertauchten. Dies konnte nur mit der Hilfe vieler Nichtjuden geschehen, die bereit und couragiert genug waren, heimlich Verfolgte bei sich zu beherbergen, ihnen Quartiere zu besorgen, sie mit Lebensmitteln bzw. Lebensmittelkarten zu versehen, falsche Papiere und/oder eine Verdienstmöglichkeit zu beschaffen oder ihnen über die Grenze in die (manchmal) rettende Schweiz zu verhelfen.

Oft wird dieses Verhalten mit Zivilcourage oder zivilem Mut bezeichnet. Diese Begriffe kennzeichnen meines Erachtens das Verhalten der „stillen Helden“ unter den Bedingungen der NS-Diktatur nur unzureichend. Jeder, der sich über die nationalsozialistischen Ausgrenzungsbestimmungen hinwegsetzte, wurde, wenn es herauskam, eines heimtückischen Angriffs auf die „Volksgemeinschaft“ und den NS-Staat beschuldigt, verfolgt, entwürdigt und bestraft. Wir haben es hier mit einem Extremfall des zivilen Mutes zu tun – in einem Ausnahmezustand par excellence. Dies wirft die Frage auf, welches konkrete Risiko die Helfer eingingen, wenn sie diese verbotene Hilfe leisteten.

Die Ahndung der Hilfe für Juden

Im deutschen Strafgesetzbuch war ein eindeutiges Verbot zur Unterstützung verfolgter Juden nicht verankert. Wenn es zu diesbezüglichen Gerichtsverfahren kam, ging es meist um Delikte wie „Rassenschande“, Urkundenfälschung, Devisenvergehen, Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnung, „illegalen Grenzverkehr“

oder „Rundfunkvergehen“. Die Beherbergung von Juden und einzelne Hilfeleistungen, die nicht eindeutig justitiabel waren, fielen unter die Bezeichnung „Judenbegünstigung“ und wurden meist ohne Gerichtsverfahren von der Gestapo verfolgt. Gestapo und der SD waren insbesondere während des Krieges bemüht, die „Vernichtung des Volksfeindes“ möglichst selbst in der Hand zu behalten.

Grundlage für die Kriminalisierung der Kontakte zur jüdischen Bevölkerung bot der bereits erwähnte Runderlass vom 24. Oktober 1941. Dort heißt es: „Wie hier in der letzten Zeit wiederholt bekannt geworden ist, unterhalten deutschblütige Personen nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden und zeigen sich mit diesen in auffälliger Weise in der Öffentlichkeit. Da die betreffenden Deutschblütigen auch heute noch den elementarsten Grundbegriffen des Nationalsozialismus verständnislos gegenüber zu stehen scheinen und ihr Verhalten als Missachtung der staatlichen Maßnahmen anzusehen ist, wird angeordnet, dass der deutschblütige Teil aus erzieherischen Gründen vorübergehend in Schutzhaft zu nehmen bzw. in schwerwiegenden Fällen bis zur Dauer von drei Monaten in ein Konzentrationslager Stufe 1 einzuweisen ist.“ Der „jüdische Teil“ – so der Text - war in jedem Falle in ein Konzentrationslager zu verbringen.

Vielerorts machte die Gestapo ernst mit der Verfolgung der „Judenbegünstigung“. Frauen, die etwa jüdischen Bekannten Lebensmittel brachten, wurden mit der Begründung in Schutzhaft genommen, sie hätten „die Maßnahmen der Reichsregierung zur Ausschaltung der Juden aus der Volksgemeinschaft“ sabotiert. Die

Untersuchung missglückter Hilfeleistungen vermittelt den Eindruck, dass das Risiko für die nichtjüdischen Helfer einfach nicht kalkulierbar war. Die Folgen konnten sein: Einweisung in ein Konzentrationslager (in einigen Fällen mit Todesfolge), Gefängnis- und Zuchthausstrafen, relativ kurze Haft im Gestapo-Gefängnis, Verwarnungen und Einschüchterungen nach Vernehmungen durch die Gestapo oder geringfügige Geldbußen. Zuweilen geschah es aber auch, dass untergetauchte Juden aus der Wohnung ihrer nichtjüdischen Helfer heraus verhaftet wurden, ohne dass letztere belangt wurden. Die Todesstrafe für Helfer von Juden wie im besetzten Polen wurde in Deutschland nicht angedroht oder verhängt.

Wenngleich das Bild von der allmächtigen und allgegenwärtigen Gestapo inzwischen als Mythos entlarvt ist, ist es doch offenkundig, dass die Bevölkerung einer nahezu unausweichlichen Kontrolle der rund zwei Millionen NSDAP-Blockwarte und Amtswalter ausgesetzt war und sich vor Denunziation fürchtete. Das subjektive Gefühl der Angst in einer Atmosphäre totaler Rechtsunsicherheit ist nicht zu unterschätzen. Die Furcht vor der Gestapo war real und begründet.

Nachdem seit Stalingrad in der deutschen Bevölkerung die Zweifel am „Endsieg“ gewachsen waren, verstärkte die Gestapo ihre Anstrengungen, „Defätismus“ durch harte Maßnahmen zu unterbinden. Aber nicht nur die Angst vor dem KZ, sondern auch die Scham, vor einem Sondergericht an den Pranger gestellt zu werden und außerhalb der „Volksgemeinschaft“ zu stehen, die Furcht vor sozialer Isolation und Einsamkeit, ließen jede Hilfe

äußerst risikoreich erscheinen. Das couragierte Handeln der Helfer zeigt jedoch, dass die nationalsozialistische Diktatur keineswegs so hermetisch funktionierte, dass keine Handlungsoptionen mehr blieben. Wer also waren diejenigen, an die sich die von der Gestapo Gejagten wenden konnten? Wer waren die nichtjüdischen Helfer und Retter?

Handlungsmöglichkeiten in extremen Situationen

Betrachten wir die etwa 3 000 namentlich bekannt gewordenen Helferinnen und Helfer, ergibt sich das Bild, dass viele von ihnen „gewöhnliche“ Deutsche waren. Sie kamen aus allen sozialen Schichten, gehörten unterschiedlichen Konfessionen und politischen Richtungen an, oder sie waren nicht religiös und unpolitisch. Auffällig ist, dass die meisten von ihnen zwischen 40 und 50 Jahre alt waren, ihre Kindheit und Jugend also im Kaiserreich bzw. der Weimarer Republik verbracht haben. Viele verfügten weder über größere finanzielle Mittel oder große Wohnungen, noch waren sie besonders gebildet oder hatten wichtige Kontakte. Nicht alle taten dies im übrigen uneigennützig. Immer wieder kam es vor, dass die Notlage und die in jedem Fall bestehende Abhängigkeit der Verfolgten ausgenutzt wurde, indem die Helfer Gegenleistungen forderten, auch sexuelle, wovon in erster Linie jüdische Frauen betroffen waren.

In diesem Zusammenhang geht es jedoch um die zahlreichen couragierten Helferinnen und Helfer, die uneigennützig handelten,

wenngleich dies nicht in allen Fällen eindeutig feststellbar ist. Ich möchte im Folgenden drei Kategorien unterscheiden:

Zivilcourage und solidarisches Handeln als konstantes Verhalten

Ein kleinerer, aber prägnanter Teil der Helfer gehörte zu denen, die von Anfang an keine Zweifel am verbrecherischen Charakter des NS-Regimes hegten, die Anzeichen für das Schicksal der Juden zu deuten wussten und früh die Initiative zur Unterstützung der Verfolgten ergriffen. Sie waren oft diejenigen, die besonders effektiv, etwa aufgrund ihrer beruflichen Situation, nicht nur einem, sondern mehreren Verfolgten Hilfe leisten konnten.

Helene Jacobs, langjährige Kanzleiangestellte eines jüdischen Patentanwalts, gehörte seit 1934 der Bekennenden Kirche in Berlin-Dahlem an. 1940 schloss sie sich einer überwiegend aus Frauen bestehenden, theologisch ausgerichteten Gruppe an. In diesem Kreis organisierte Helene Jacobs eine „Paket-Aktion“ mit Lebensmitteln und Kleidung für die bereits 1940 nach Lublin (Polen) deportierten Stettiner Juden, eine couragierte und solidarische Reaktion auf die nationalsozialistische Judenverfolgung und gleichsam eine Vorstufe zu späteren riskanteren Rettungsaktivitäten.

Nachdem seit Ende Oktober 1941 auch Transporte mit Berliner Juden in den Osten abfuhren, bat Dr. Franz Kaufmann, evangelischer Christ und „Nichtarier“, die Mitglieder des Arbeitskreises,

Juden zu verstecken. Nur einige von ihnen, Helene Jacobs, Hildegard Jacoby, Hildegard Schaefer, Gertrud Staewen und Melanie Steinmetz, konnten ihre Angst überwinden und stimmten zu. Für die aus dem bürgerlich-protestantischen Milieu stammenden Frauen war diese Entscheidung in mehrfacher Hinsicht ein mutiger Schritt: Sie mussten künftig Kontakte zu so genannten Unterweltekreisen aufnehmen und mit „kriminellen“ Mitteln arbeiten, wenn es darum ging, die Untergetauchten mit falschen Ausweispapieren zu versorgen. Unverhofft wurde die Gruppe um Jacobs von einer Reihe von Gemeindemitgliedern unterstützt, die Lebensmittelkarten und Unterkünfte bereitstellten. Helene Jacobs betonte später, dass sich nur wenige entzogen, wenn sie von ihr direkt um Hilfe gebeten wurden.

Vom 13. Juni 1943 bis zu ihrer Verhaftung im August dieses Jahres versteckte die alleinstehende Frau einen steckbrieflich gesuchten jüdischen Graphiker in ihrer Wohnung. Mit seiner Hilfe konnten etwa 200 Menschen mit Ausweisen versorgt werden. Da das Ausmaß ihrer Rettungsarbeit unerkannt blieb, wurde Helene Jacobs „nur“ wegen Übermittlung von Lebensmittelkarten und versuchter Urkundenfälschung angeklagt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, die sie überlebte. Auch nach dem Krieg blieb sie sozial engagiert. Helene Jacobs repräsentiert jene Helfer, bei denen Zivilcourage als dauerhafte Eigenschaft erkennbar ist, die in extremer Situation zu gesteigertem Mut und kühnem Handeln führte.

Dr. Harald Poelchau (1903-1972) gehört zu den herausragenden Gestalten des deutschen Widerstands, der als Mitglied des Kreisauer Kreises längst in einschlägigen Lexika berücksichtigt

ist. Lange Zeit kaum bekannt war dagegen sein riskanter und höchst einfallsreicher Einsatz zur Rettung von Juden, den er unter den schweren psychischen Belastungen als Gefängnispfarrer in Berlin-Tegel leistete. In den Jahren von 1934 bis 1945 begleitete er mehr als tausend Menschen in Plötzensee zum Schafott, unter ihnen Mitglieder der Roten Kapelle und Männer des 20. Juli. Er nutzte seine Position als Geistlicher, ihnen Nachrichten von Verwandten und Freunden zukommen zu lassen, und stand den zum Tode Verurteilten in ihrer letzten Stunde bei. Gleichzeitig leistete er zahlreichen untergetauchten Juden lebensrettende Hilfe. Poelchau stand mit der Dahlemer Bekenntnisgemeinde in Verbindung und arbeitete mit der Berliner Widerstandsgruppe „Onkel Emil“ zusammen, deren Mitglieder aus ethisch-humanitären Motiven Juden und politisch Verfolgten halfen. Poelchaus persönliche Offenheit, seine religiös gefestigte Unerschrockenheit, sein offenkundiger Mut machten ihn zu einem Magnet für Verfolgte in Berlin. Sein Netz reichte jedoch weit über Berlin hinaus.

Auch *Gertrud Luckner* (1900-1985) hatte früh die antisemitische Bedrohung durch die NS-Diktatur erkannt und ihre jüdischen Freunde und Bekannte vor der politischen Entwicklung gewarnt. Seit 1938 Mitarbeiterin beim Deutschen Caritasverband in Freiburg, schickte sie wie Helene Jacobs seit Februar 1940 Pakete an die nach Lublin verschleppten Juden aus Stettin und Schneidemühl, dann auch an die nach Gurs deportierten Juden aus Süddeutschland. 1941 wurde sie vom Freiburger Erzbischof Conrad Gröber mit der "Durchführung notwendiger Aufgaben außerordentlicher Seelsorge" beauftragt. Dadurch stand sie unter bischöflichem Schutz und erhielt Reise- und finanzielle Möglichkeiten,

die sie intensiv für ihre Untergrundtätigkeit nutzte. Sie setzte sich zunächst besonders für katholische "Nichtarier" ein, später half sie auch anderen Juden. Sie übermittelte Nachrichten, ließ Pässe fälschen und half Verfolgten zur Flucht aus Deutschland. Das Netz der Caritas nutzte sie, um Kontakte zu Kreisen der Bekennenden Kirche und zu Quäkern zu knüpfen. Ihre rastlose Tätigkeit blieb der Gestapo nicht lange verborgen. Sie wurde überwacht und aufgrund einer Denunziation im März 1943 verhaftet - wegen "projüdischer Betätigung und Verbindungen mit staatsfeindlichen Kreisen". Nach zahlreichen Verhören wurde sie im Sommer 1943 ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie bis Kriegsende inhaftiert blieb. Nach 1945 nahm sie ihre Tätigkeit wieder auf und setzte sich insbesondere für die christlich-jüdische Verständigung ein.

Auch bei der Journalistin *Herta Zerna* (1907-1988) war ziviler Mut offenbar eine konstante Eigenschaft. Gegen Ende der Weimarer Republik drohte ihr als SPD-Redakteurin in Thüringen eine Gefängnisstrafe. Seit 1933 wurde sie in Berlin wiederholt von der Gestapo vernommen; dennoch half sie immer wieder politisch Verfolgten aus den eigenen Reihen. Obwohl sie damit rechnen musste, dass sie als ehemalige SPD-Publizistin unter Beobachtung stand, verbarg sie in den ersten Kriegstagen ihren Parteifreund Otto Suhr, den späteren Regierenden Bürgermeister von Berlin, und dessen jüdische Frau Susanne in ihrer Wohnung. 1940 bot sie der Jüdin Margot Moses, die sie bei einer gemeinsamen Bekannten flüchtig kennengelernt hatte, für den Notfall ihre Hilfe an. Als die junge Frau im Frühjahr 1943 eines Nachts vor Herta Zernas Tür stand, nahm sie die Verfolgte auf. Die Journalistin brachte Margot Moses abwechselnd in ihrer Berliner Einzimmerwohnung und bei

Freunden unter und vermittelte ihr eine Arbeit im Haus des Rundfunks, wo sie unter falschem Namen arbeitete. Im Herbst 1943 musste Herta Zerna ihre eigene Tätigkeit für den Rundfunk aufgeben und siedelte in ein Dorf bei Rheinsberg über, wo sie seit Sommer 1939 ein kleines Haus besaß. Dort beherbergte sie gegen Ende des Krieges einen Deserteur sowie die untergetauchte Jüdin Susanne Meyer, deren Geschichte weiter unten beschrieben wird. Die langen Jahre des zähen Mutes und Widerstands bezahlte Herta Zerna mit erheblichen gesundheitlichen Schäden.

Hilfsangebote in einer konkreten Situation

Zu dieser Gruppe gehören Personen, die vor und nach ihren Hilfeleistungen nie öffentlich in Erscheinung getreten sind. Sie ergriffen aber in einer bestimmten Situation die Initiative.

Die Katholikin *Maria Nickel* war verheiratet und hatte zwei Söhne. Ihr Mann war Automechaniker, sie führte den Haushalt. Die Familie wohnte in Berlin-Kreuzberg. Schon seit Beginn der Nazi-Zeit beobachtete sie mit Sorge die zunehmende Diskriminierung der jüdischen Bevölkerung. Da sie im Herbst 1942 sicher war, dass die Juden „im Osten“ ein schreckliches Schicksal erwartete, beschloss sie für sich, wenigstens einem Menschen zu helfen. Da sie aber keine jüdischen Bekannten hatte, beobachtete sie die jüdischen Zwangsarbeiterinnen, die in ihrer Nachbarschaft zur Arbeit gingen. Eine von ihnen, Ruth Abraham, erwartete ein Kind. Frau Nickel folgte ihr eines Tages an ihren Arbeitsplatz und bot ihre Hilfe an. Nach einigem Zögern fasste Ruth Abraham Vertrau-

en. Maria Nickel brachte der Schwangeren und deren Mann Lebensmittel in die Wohnung. Bald danach, im Januar 1943, wurde das Kind Reha geboren. Als die Deportation drohte, baten die Abrahams um Ausweise, um untertauchen zu können. Maria Nickel überließ ihren Postausweis, der mit einem Foto Ruth Abrahams versehen wurde, und Herrn Abraham gab sie den Führerschein ihres Mannes. Als die Abrahams nach einiger Zeit in eine Kontrolle gerieten, retteten diese Ausweise sie vor der Verhaftung. Die Papiere wurden jedoch von der Gestapo zur Überprüfung eingezogen. Ruth Abraham, die mit Mann und Kind flüchten konnte, gelang es, Maria Nickel telefonisch zu warnen. Kurz darauf bekam diese eine Vorladung zur Gestapo. Beim Verhör konnte sie sich herausreden, dass ihr die Ausweise gestohlen worden seien. In den Jahren bis zur Befreiung nahm sie immer wieder das Kleinkind der Abrahams bei sich auf, wenn diese in eine ausweglose Lage gerieten. Familie Abraham überlebte den Holocaust.

Maria Nickel ist nach dem Krieg nicht mehr öffentlich hervorgetreten, gehörte keiner Partei oder Organisation an. Mit ihrem Entschluss zum Handeln beim Anblick der schwangeren jüdischen Zwangsarbeiterin steht sie für viele andere, die nicht wegsahen und sich zur Hilfe entschlossen. Fast ein Drittel der Helfer unterstützten Menschen, die ihnen zuvor unbekannt waren.

Anders der Berliner Herrensneider *Gustke*. Während des Krieges war er bei der Schupo. Er hörte regelmäßig ausländischen Rundfunk, so dass er über den Kriegsverlauf informiert war. Als ihn eines Tages Ende 1942 sein jüdischer Bekannter Fritz Pagel, inzwischen längst zur Zwangsarbeit verpflichtet, besuchte und

seine Ängste und Befürchtungen über das künftige Schicksal seiner Familie äußerte, bot Gustke ihm an, die vierköpfige Familie in seinem Wochenendhaus in der Nähe von Strausberg (Brandenburg) unterzubringen. Im Januar 1943 kam Pagel auf dieses Angebot zurück. Gustkes schenkten der jüdischen Familie zwei Zentner Kohlen, und an jedem Wochenende erschienen sie und brachten Lebensmittel. Fritz Pagel äußerte: „Für alles, was Gustkes für uns taten, nahmen sie keinen roten Heller an.“ Bis zum Sommer ging alles gut. Dann wurde der Schneidermeister auf die Polizeiwache bestellt und erhielt die Auflage, binnen acht Tagen die Arbeitsbücher von Fritz Pagel und dessen 18jährigem Sohn Günther vorzulegen. Familie Pagel musste nun ihr schützendes Quartier verlassen - eine verhängnisvolle Wendung ihres Schicksals. Die Hilfsbereitschaft des Schneidermeisters konnte der jüdischen Familie letztlich nicht das Leben retten; nur der Familienvater überlebte Auschwitz. Dies schmälert nicht die menschliche Leistung Gustkes und seine Frau. Wir wissen nicht, ob der Schneidermeister ein stets couragierter Mann war, ob das Ehepaar religiös geprägt war oder einer bestimmten Partei angehörte. Der Zeuge Fritz Pagel merkte lediglich an, sein Bekannter sei Anti-Nazi gewesen. Gustke repräsentiert damit eine Vielzahl der erfassten Helfer, die die Initiative zur Rettung ergriff.

Reagierendes Handeln

Mehr als die Hälfte der dokumentierten Rettungen kam zustande, weil Juden, die gewillt waren, sich der Deportation zu entziehen, die Initiative ergriffen und ihre nichtjüdischen Freunde und Be-

kannten, ehemalige Patienten, Geschäftspartner und Kunden, manchmal auch völlig Unbekannte direkt um Hilfe baten. In vielen Fällen wurde diese Hilfe auch gewährt.

Die Näherin *Wanda Feuerherm* lebte mit ihren Kindern in bescheidensten Verhältnissen in einer Berliner Laubensiedlung. Ihr Mann war als Soldat an der Front. Schon vor dem Krieg kannte sie die jüdische Familie Segal, die ein Pelzgeschäft besaß. Als Segals mit ihren fast erwachsenen Kindern 1942 deportiert werden sollten, baten sie u.a. auch die Näherin um Hilfe. Wanda entschloss sich daraufhin, die 18jährige Tochter Gerda bei sich aufzunehmen. Die Kinder ließen künftig keine Freunde mehr ins Haus, Bekannte wurden ferngehalten. Gegenüber Nachbarn wurde Gerda als "Verwandte auf Durchreise" ausgegeben. Den anderen Mitgliedern der Familie Segal besorgte die fast mittellose Frau immer wieder neue Quartiere und gab ihnen Lebensmittel aus ihrem Garten. Wanda wurde immer einfallsreicher und kühner. Als im Oktober 1943 plötzlich die Gestapo auftauchte und nach Gerda suchte, behielt sie die Nerven. Auf Gerdas bange Frage, ob ihre weitere Anwesenheit nicht zu gefährlich sei, habe Wanda geantwortet: „Was können die mir schon tun, schlimmstenfalls stecken sie mich ins Gefängnis, aber wenn sie dich kriegen, werden sie dich umbringen.“ Wir erfahren nicht, ob die Näherin aus der Laubenkolonie eine allgemein mutige Frau war, inwieweit sie politische Einsichten oder religiöse Bindungen hatte. Wir wissen nur, dass sie bereit war, sich einzusetzen, als sie um Hilfe gebeten wurde. Sie steht für zahlreiche Frauen und Männer, die auf diese Weise zu Rettern von Menschenleben wurden. Es liegt allerdings auf der Hand, dass die gefährdeten Juden, die ihr Untertauchen planten,

sich in der Regel sehr genau überlegten, bei wem sie es wagen konnten, um Hilfe zu fragen.

Die Frage, ob es sich bei der Zivilcourage der Retter um eine stets präsente, quasi durchgängige Tugend oder Verhaltensdisposition handelt, lässt sich an einem anderen Beispiel eindrucksvoll aufgreifen. Als die Jüdin Rahel Ida im Januar 1945 an die Tür eines evangelischen Pfarrhauses auf dem Lande klopfte, gewährten die Pfarrfrau und der Pfarrer, die der Bekennenden Kirche angehörten, der Unbekannten Unterschlupf. Zwar gab sich die Jüdin, die in „Mischehe“ lebte und kurz zuvor die Aufforderung erhalten hatte, sich zum Abtransport nach Theresienstadt einzufinden, als Flüchtling aus Ostpreußen aus, ihre Gastgeber waren sich aber sicher, dass sie Jüdin war. Das Pfarrerehepaar mit vier Kindern im Alter von vier bis 13 Jahren handelte in dieser Situation beherzt und mutig. Sie behielten die Verfolgte bis Kriegsende und haben ihr damit das Überleben ermöglicht.

Ein Jahr nach der Auszeichnung des Ehepaares als „Gerechte unter den Völkern“ durch die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem richtete eine Frau, deren jüdische Großeltern in den 30er Jahren zufällig gegenüber dem besagten Pfarrhaus gewohnt hatten, ein Schreiben an Yad Vashem, in dem sie ihre Erbitterung über diese Ehrung zum Ausdruck brachte. Nach ihren Aussagen habe der Pfarrer in keiner Weise protestiert, als während der Pogromnacht am 9./10. November 1938 etwa 50 Ortsansässige des 900-Seelen-Dorfs über das Haus der einzigen jüdischen Familie herfielen und die Bewohner schwer verletzten. Der Geistliche habe sich vielmehr abgewandt und seine Fenster verschlossen. Die

Schreiberin ist der Auffassung, dass das (unterstellte) Versagen des Pfarrers im November 1938 eine Auszeichnung für sein Handeln im Januar 1945 nicht rechtfertige. Die Antwort des Vertreters von Yad Vashem macht dagegen deutlich, dass die Ehrung als „Gerechter“ nicht voraussetzt, dass sich eine Person durchgängig mutig verhalten haben muss, sondern auch ein einmaliges couragiertes und risikobreites Handeln, das zur Rettung eines Menschen beitrug, gewürdigt werden müsse. Dies gilt auch für zahlreiche andere Helfer und Retter, die sich in einer konkreten Situation, wenn sie direkt um Hilfe gebeten wurden, zum mutigen Handeln entschlossen. Sie waren nicht per se besonders edle Menschen oder durchgängig mutig, sondern in vielen Fällen gerieten sie in eine bestimmte Situation, in der sie sich zur mutigen Hilfe entschieden. Dann wuchsen sie oft mit Erfindungsreichtum und Ausdauer über sich selbst hinaus.

Als „U-Boot“ auf einer Odyssee durch Deutschland

Die sorgfältige Rekonstruktion von „Untertauch-Geschichten“ zeigt, dass viele untergetauchte Juden aus Berlin ihr Überleben nicht nur der Hilfsbereitschaft der Berliner Bevölkerung verdanken. Vergleichsweise realistisch war ein als Evakuierung getarntes Verbergen auf dem Land: im Großraum Berlin, aber auch in Pommern und im deutschen Süden oder Südwesten. In diesem Zusammenhang sei an den Kreis württembergischer Pfarrhäuser um Stuttgart und Tübingen erinnert, die Berliner Juden Zuflucht boten. Auch die Hoffnung auf eine Fluchtmöglichkeit in die Schweiz führte eine Zahl von etwa 50 Juden aus der Reichs-

hauptstadt zunächst in den deutschen Südwesten und damit in eine Region, deren liberale Tradition auf eine geringere Fanatisierung der Bevölkerung hoffen ließ, auch wenn deren Führung sich in mancher Hinsicht umso radikaler gerierte.

Viele hatten bis zur Befreiung im Frühjahr 1945 eine Odyssee durch Deutschland hinter sich. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür bietet die Rekonstruktion der Fluchtgeschichte von Susanne Meyer aus Berlin. Ihre Entscheidung zum Untertauchen hing eindeutig damit zusammen, dass nichtjüdische Freunde sie vor der Deportation gewarnt hatten, was in vielen der untersuchten Fälle eine wichtige Rolle spielte.

Alois Florath, Sozialdemokrat und früherer Redakteur des „Vorwärts“, überredete die mit ihm befreundete Susanne Meyer, Witwe eines jüdischen Ullstein-Redakteurs, unterzutauchen. An seinem Stammtisch hatte er im Herbst 1942 von einem alten Polizeikommissar, der als Begleiter Berliner Judentransporte eingesetzt war, über Tötungsversuche in Polen mit „Vergasungs-Autobussen“ erfahren. Die von Susanne Meyer nüchtern berichtete Überlebensgeschichte aus der Nachkriegszeit ermöglicht die Rekonstruktion eines weitverzweigten Geflechts von mehr als zwanzig Helferinnen und Helfern an verschiedenen Orten. Es handelte sich um eine weltanschaulich und sozial heterogene Gruppe von Personen, deren konkretes Handeln zeigt, welche erstaunlichen Handlungsräume die zum Helfen Entschlossenen zu nutzen wussten. Das Helfernetz kann hier nur grob umrissen dargestellt werden.

Am Morgen des 7. Januar 1943 verließ Susanne Meyer ihre Wohnung ohne gelben Stern und fuhr vom Bahnhof Zoo nach Niederschlesien auf ein Rittergut. Als sechs Wochen später wegen einer Verhaftung im Umfeld des Gutsherrn der Aufenthalt auf dem Anwesen zu gefährlich geworden war, musste Susanne Meyer überstürzt nach Berlin zurückkehren. Sie wurde von einem ihrer Helfer nun nach Düsseldorf vermittelt, wo sie bei mehreren Familien, die miteinander verwandt waren, Unterkunft fand - „alles fromme Katholiken“, wie sie versichert.

Nach einem halben Jahre kam sie wieder nach Berlin zurück und fand einen Unterschlupf u.a. im brandenburgischen Dorf Kagar bei *Georg Steffen*. Wie seine hugenottischen Vorfahren war der Landwirt und Inhaber einer Pension dort Dorfschulze. Gemeinsam mit seiner Frau bot er zahlreichen politisch oder rassistisch Verfolgten Schutz in seinem Haus. Zu ihnen gehörte auch Otto Suhr (1897-1957), später Regierender Bürgermeister von Berlin, der sich während des Krieges zeitweilig mit seiner jüdischen Frau Susanne in Steffens Gasthof nach Kagar zurückzog, wenn die Lage in Berlin für sie kritisch wurde. Das Schicksal von Georg Steffen zeigt ein Stück verdrängter deutscher Nachkriegstragödie. Nach Kriegsende behielt er zunächst sein Amt als Bürgermeister, wurde jedoch wenig später von missgünstigen Einwohnern bei den Sowjets denunziert und im inzwischen sowjetischen Speziallager Sachsenhausen interniert „Als die Nachricht zu uns nach Berlin gelangte,“ schreibt Susanne Meyer später, „war er schon längst in dieses Räderwerk geraten“. Nach einem halben Jahr starb Georg Steffen an Hunger und Entkräftung. Eine offiziel-

le Würdigung seiner Menschlichkeit in einer Zeit, als es dafür besonderen Mutes bedurfte, hat es nie gegeben.

Die Überlebensgeschichte zeigt unter anderem, wie sich die Verfolgte, nachdem sie die Information über die tödliche Bedrohung durch die Deportation bekommen hatte, zu dem Entschluss durchrang, die Flucht in den Untergrund zu wagen. Ein solcher Entscheidungsspielraum war fast nur Berliner Juden möglich, da in vielen anderen Städten wie erwähnt, die Deportationen bereits im Herbst 1942 nahezu abgeschlossen waren. Die Historikerin Beate Meyer wies nach, dass in Hamburg nur etwas mehr als 50 Verfolgte unter falscher Identität überlebten, die meisten von ihnen Partner von Mischehen. Besonders frappierend ist der Befund zu Frankfurt am Main, der Stadt mit der zweitgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland, wo bisher nicht mehr als ein Dutzend von den Nazis als „Volljuden“ klassifizierte Menschen ermittelt werden konnten, die in den Untergrund gegangen waren. In Frankfurt galt die Deportation der „Volljuden“ im September 1942 als abgeschlossen, noch ehe in Berlin die erste größere Welle des Untertauchens einsetzte.

Rettung in Köln-Bonn

Im Folgenden werden einige Beispiele aus der Berliner Datenbank vorgestellt, die sich auf Rettungen im Gebiet von Köln-Bonn beziehen. Sie sind typisch für die meisten Rettungsfälle in dieser Region.

Gertrud Feist aus Bad Godesberg und ihr Mann hatten schon im April 1933 im Zusammenhang mit dem antijüdischen Boykott den Juden Dr. Josef Kaufmann drei Wochen lang in ihrem Haus versteckt. Er war ein ehemaliger Kommilitone von Dr. Feist, einem Betriebswirt, der als Steuerberater arbeitete. Die Eheleute Feist hatten eine Tochter von damals etwa zwei Jahren. Nach den drei Wochen gelang es ihnen, den Flüchtigen heimlich über die belgische Grenze zu schaffen. Vermutlich im Zusammenhang damit wurden Feists von der Gestapo verhört und galten künftig als „unzuverlässig“.

Mehr als elf Jahre später, im Herbst 1944, wurde Gertrud Feist erneut mit der Situation konfrontiert, dass ihre Hilfe dringend gebraucht wurde. Damals wandten sich Marianne und Eugen Schmalenbach, ein schon betagtes Ehepaar, hilfesuchend an Gertrud Feist. Marianne Schmalenbach war Jüdin. Ihre so genannte privilegierte Mischehe mit einem nichtjüdischen ehemaligen Hochschullehrer für Betriebswirtschaft hatte sie bis 1944 vor der Deportation geschützt. Dr. Feist war vor 1933 Student bei Prof. Schmalenbach gewesen, der seit 1904 an der Kölner Universität gelehrt hatte. Als Marianne Schmalenbach im September 1944 im Sammellager Köln-Müngersdorf interniert wurde, um nach Theresienstadt deportiert zu werden, verhalf er seiner Frau zur Flucht aus dem Lager. Gemeinsam wandten sie sich dann zuerst an *Gertrud Stiasny*, Schmalenbachs frühere Sekretärin, die bei einem Bauern in einem Dorf bei Waldbröl einquartiert war. Da dieser Ort jedoch voller SS-Truppen war, konnte Gertrud Stiasny das Ehepaar nicht länger als acht Tage beherbergen. Ihre nächste Zuflucht wurde daher Gertrud Feist. Sie war damals 44 Jahre alt und lebte

mit der inzwischen 13-jährigen Tochter in ihrem Bad Godesberger Haus. Ihr Mann war zu dieser Zeit vermutlich eingezogen und in Holland stationiert. Etwa sechs Monate lang, bis zum Einmarsch der Amerikaner am 8. März 1945, beherbergte Gertrud Feist die Schmalenbachs und ernährte sie u. a. mit Lebensmitteln aus dem eigenen Garten, teilweise auch vom Schwarzmarkt. 1977 erhielt Frau Feist für ihre Hilfe das Bundesverdienstkreuz.

Ein anderer Fall betrifft die Hausfrau *Frieda Mager* aus Bonn. Während des Krieges war ihr Mann als Soldat an der Front. Sie lebte in der Mansarde eines Bonner Mietshauses. Als Gegenleistung musste sie bei einer Einkaufsgenossenschaft putzen. Der Hausverwalter und Geschäftsführer der Genossenschaft war ein überzeugter Nazi. Er verbot Frau Mager den Kontakt zu einem Ehepaar im selben Haus, das in „Mischehe“ lebte. Frieda Mager freundete sich trotzdem mit Frau Schubert an, die Jüdin war. Sie übernahm es schließlich auch, für Frau Schubert, die wegen ihrer „J“-Karte in verschiedenen Geschäften abgewiesen wurde, einzukaufen, und teilte ihre eigenen Lebensmittelrationen mit ihr.

Am 12. September 1944, als auch gegen die in „Mischehe“ lebenden Juden vorgegangen wurde, wurde Frau Schubert verhaftet. Ihr „arischer“ Mann musste das Rheinland verlassen, während sie in verschiedenen Lagern, u.a. in Köln-Müngersdorf, interniert wurde. Mit Hilfe ihres Mannes gelang ihr die Flucht aus dem Lager Hessisch-Lichtenau. Schuberts hielten sich dann illegal in Schlesien auf. Als am 18. Oktober 1944 ihr Haus in Bonn ausgebombt wurde, wurden sie von Frau Mager informiert. Die Schuberts kehrten vorübergehend zurück, um ihr noch verbliebenes

Eigentum zu sichern. In dieser Zeit nahm Frau Mager, die nach ihrer eigenen Ausbombung in der Wohnung ihrer Mutter untergekommen war, das Ehepaar dort etwa 10-14 Tage auf und versorgte die Untergetauchten auch mit Nahrung. Aufgrund einer Warnung - Frau Schuberts Anwesenheit war wohl bekannt geworden - gelang es den Eheleuten noch rechtzeitig zu verschwinden. Wo sie sich die letzten Kriegsmonate aufhielten, ist bisher nicht bekannt. 1979 wurde Frau Mager für ihre Hilfe mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt.

Christina und *Christian Pütz* lebten während des Krieges mit ihrer verheirateten Tochter *Adele Köhn* in Niederkassel-Rheidt. 1927 hatte die Familie die anderthalbjährige Carola Stern als Pflegekind aufgenommen. Erst im November 1938, als jüdische Kinder längst keine öffentlichen Schulen mehr besuchen durften und auch Carola ausgeschlossen wurde, erfuhren sie von ihrer jüdischen Herkunft. Sie behielten das Mädchen trotzdem bei sich. Auch nach dem Tod der Pflegemutter Christina Pütz 1943 blieb das jüdische Mädchen bei Christian Pütz und Adele Köhn. Aber im September 1944 wurde auch Carola verhaftet und in das Sammellager Köln-Müngersdorf eingeliefert. Mit zwei anderen Inhaftierten gelang ihr die Flucht. Da es zu gefährlich war, sich bei ihrer Pflegefamilie zu verstecken, wandte sie sich an ihre ehemalige Schulfreundin *Elfriede Stichnoth*, die auf dem Bahnhof in Leverkusen arbeitete, und bat sie um Hilfe. Elfriede Stichnoth nahm die gefährdete Carola mit zu ihren Eltern. Christian Pütz versorgte seine Pflege Tochter und Elfriede Stichnoths Familie mit Lebensmitteln. Doch bald konnte Carola auch dort nicht mehr bleiben, weil Polizei und Gestapo Elfriede Stichnoth ständig überprüften.

Sie kehrte heimlich wieder zu Christian Pütz zurück. Nach einigen Tagen konnte sie mit Hilfe einer Cousine Adele Köhns in die Gegend von Glogau in Schlesien fliehen, wo sie das Kriegsende erlebte.

Die vorgestellten Beispiele geben einen Eindruck davon, wie komplex auch hier die Flucht- und Helfergeschichten sind, obwohl es sich in diesen Fällen um einen relativ kurzen Zeitraum des Versteckens handelte, von September 1944 bis Frühjahr 1945. Auch hier waren meist mehrere Personen an verschiedenen Orten beteiligt, die sich untereinander helfen mussten, um gemeinsam ihr Ziel zu erreichen.

Wie schon erwähnt, ist an diesen drei Beispielen typisch, dass die couragierte Hilfe sehr spät, erst im Herbst 1944, erteilt wurde, und zwar für Juden, die zuvor vor der Deportation geschützt waren.

Hilfe von Frauen

Ein nicht völlig überraschendes, aber dennoch bemerkenswertes Phänomen ist die Tatsache, dass knapp zwei Drittel der Hilfeleistenden im Deutschen Reich, die zwischen 1941 und 1945 illegal lebende Juden unterstützten, Frauen waren. Der größte Teil der männlichen Bevölkerung war ja seit Kriegsbeginn zur Wehrmacht eingezogen. Die Entscheidung, sich auf das Wagnis der Rettung an der „Heimatfront“ einzulassen, trafen die Frauen meist eigenständig. Ein Teil der Helferinnen (gut 10 %) war zur Zeit der Rettung

alleinstehend, andere lebten – oft auch mit Kindern – auf sich gestellt. In der Widerstandsforschung wird darauf hingewiesen, dass Hilfe mit einem Versteck, mit Verpflegung und Betreuung typische Handlungen familiärer Fürsorge und demnach frauenspezifisch seien. Auch wenn die Frauen dies nicht ohne Gefahr für sich selbst taten, hätten sie doch ihre Rolle im gewohnten Rahmen gespielt. In der Tat hatten Frauen mehr Routine in der Organisation des Alltags, d.h. im Beschaffen von Nahrung, Kleidung, Heizmaterial etc. Wegen der Rationierungen und zunehmend knapper werdenden Ressourcen wurde es allerdings immer schwieriger, etwa zusätzliche Lebensmittel - Illegale hatten ja keine Lebensmittelkarten – zu beschaffen. Die Frauen mussten häufig zu Mitteln und Methoden greifen, die gegen alle Vorschriften verstießen und teilweise kriminell waren. Sie mussten z.B. auf dem Schwarzmarkt handeln und hohe Preise dafür zahlen. Auch mit anderen Aktionen, wie der Beschaffung falscher Papiere, fielen sie aus der Rolle. Das Beispiel der Fluchthelferin *Luise Meier* aus Berlin, einer Katholikin, deren drei Söhne an der Ostfront kämpften, steht für zahlreiche Frauen, die an riskanten Aktionen beteiligt waren, die großes „logistisches“ Geschick erforderten. Bei der Hilfe für Verfolgte machten sich Frauen das vorherrschende Frauenbild, das ihnen Widerstand nicht zutraute, zunutze und schufen sich spezifische Handlungsspielräume.

Deutsche Helfer und Retter unter der NS-Besatzung

Das Berliner Forschungsprojekt zur Rettung von Juden hatte sich von vornherein auf die Dokumentation von Hilfeleistungen in den

Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 beschränkt. Inzwischen wurden im Rahmen des Freiburger „Arbeitskreises Historische Friedensforschung“ um die Militärgeschichtler Wolfram Wette und Detlev Bald auch die Hilfeleistungen deutscher Wehrmachtangehöriger in den von NS-Deutschland besetzten Ländern erforscht. Zu diesen „Rettern in Uniform“, die sich mit konkreten Handlungen für Verfolgte, vor allem für Juden, eingesetzt haben, ist im Frühjahr 2002 ein erstes Buch mit zehn Fallstudien erschienen, für die aus einem Kreis von 1000 in Frage kommenden Personen zehn Offiziere und Unteroffiziere ausgewählt wurden, über deren biographischen Hintergrund und Handeln berichtet wird. Auch hier lassen sich über weltanschauliche Prägung und Motivation der Retter kaum belegbare Aussagen machen. Einen Erklärungsansatz bietet der von Wette geprägte Begriff der „eingekleideten Zivilisten“, die nicht ausschließlich im Heeres- bzw. Wehrmachtsumfeld sozialisiert wurden und ihr Denken und Handeln weniger stark in die bedingungslose Logik von Befehl und Gehorsam stellten. Ein weiterer von Wolfram Wette herausgegebener Band stellt Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS vor (2004). Die darin enthaltenen Berichte und Porträts geben oft Einblick in die Maschinerie des Vernichtungskrieges, den die Wehrmacht von 1941 bis 1944 im Osten führte. Auf den ersten Blick scheint jeder einzelne Soldat, jeder Angehörige der Organisation Todt (OT), jeder Polizist oder Lokomotivführer dieser Maschinerie unterworfen gewesen zu sein. Einige jedoch suchten und nutzten unter großem Risiko Handlungsmöglichkeiten, um einzelne Juden vor der Ermordung zu bewahren. Diese Männer orientierten ihr Handeln nicht ausschließlich an den Befehlen der Vorgesetzten, sondern an ihrem eigenen Gewissen und ihrer Vorstellung von

Menschlichkeit. Strafandrohungen und die Härte der Militärgerichtsbarkeit hielten sie nicht davon ab. Als Beispiel sei hier die Rettung jüdischer Zwangsarbeiter in Nemirow (Ukraine) durch den Leiter eines Bautrupps der Organisation Todt (OT) angeführt. Die Geschichte von *Willi Ahrem*, Kaufmann aus Wuppertal, zeigt, wie ein Mann, der dem Nationalsozialismus eigentlich ablehnend gegenüberstand, immer mehr in den Strudel der Ereignisse geriet, die Realität zunächst verdrängte, bis er schließlich zum Zeugen des Massenmords an den Juden wurde.

Im Frühjahr 1941 gehörte der damals 39-jährige Familienvater einer Dolmetscher-Kompanie der Wehrmacht im westfälischen Münster an. Der Münsteraner Bischof von Galen wurde in diesen Monaten für Ahrem zu einer Leitfigur. Obwohl Ahrem evangelisch war, besuchte er die katholischen Sonntagsgottesdienste, um von Galens mutige Predigten zu hören.

Im September 1941 übernahm Ahrem die Leitung eines Bautrupps der Firma seines Schwagers, der Wilhelm Fix GmbH (Bernau/Ahr) in der ukrainischen Kleinstadt Nemirow bei Winniza, der wie alle Bauformationen der Wehrmacht der OT unterstellt war. In seiner Funktion als OT-Haupttruppführer wirkte Ahrem bei einem der wirtschaftlichen Großprojekte der SS mit, dem Ausbau der Durchgangsstraße IV (Lwów-Winniza-Dnepropetrowsk), einer wichtigen Nachschubstrecke für die Wehrmacht, die zur „Straße der SS“ von Rumänien bis zum Azowschen Meer werden sollte. Außer Ukrainern und russischen Kriegsgefangenen waren dort auch Juden aus dem Ghetto von Nemirow beschäftigt. Am Morgen des 23. November 1943 wurde Ahrem von Schüssen geweckt. Er

beobachtete, wie etwa 20 SS-Angehörige Ghetto-Insassen, Männer, Frauen und Kinder, in eine Kirche trieben. Die meisten von ihnen wurden ermordet.

Willi Ahrem intervenierte beim Leiter des SS-Einsatzkommandos. Es gelang ihm, zwanzig jüdische Facharbeiter zurückzuholen. Am Nachmittag dieser „Aktion“ wurde er Augenzeuge der letzten Erschießungen dieses Tages, denen – wie er sich erinnert – 2 000 Menschen zum Opfer fielen. Erst zu diesem Zeitpunkt war er, wie er später versicherte, endgültig davon überzeugt, dass der Nationalsozialismus ein verbrecherisches System war. Jetzt hatte er den Wunsch, „dass der Krieg für die Nazis verloren ging“.

Als er von einer bevorstehenden zweiten Mordaktion erfuhr, fasste er den Entschluss, wenigstens einige Juden zu retten, die er näher kannte. Er versteckte das Ehepaar Menczer mit ihrem 13-jährigen Sohn und die Studentin Dora Salzman auf dem Speicher seiner Unterkunft und brachte sie dann mit seinem Dienstwagen über die rumänische Grenze. Diese Rettungsaktion war für Willi Ahrem höchst riskant, da die Militär- und Sondergerichte in den besetzten Ländern drakonische Strafen für „Judenhelfer“ verhängten. Wie inzwischen bekannt wurde, verdanken noch mehr Menschen Willi Ahrem ihr Leben. Zur Wahrung seiner eigenen Menschlichkeit hatte er sich entschlossen, einige Menschenleben zu retten. Am mörderischen Gang der Vernichtungsmaschinerie konnte er nichts ändern.

Schlussfolgerung

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es in Deutschland zu einer Verdrängung des verhältnismäßig lange währenden, einsamen und in vielen Fällen erfolgreichen Widerstands im Dritten Reich, den jene leisteten, die heute als „stille Helden“ bezeichnet werden. Die Helfer, die den tödlich bedrohten Juden beigestanden hatten, fielen aus dem Raster der kollektiven Erinnerung und Würdigung.

Selbst die Erinnerung an die Männer des 20. Juli 1944 traf in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland auf Widerstand. Später war lange Zeit ein Widerstandsbegriff gebräuchlich, der auf den 20. Juli fixiert war und nur direkten Protest oder Aktionen gelten ließ, die auf die Beseitigung des nationalsozialistischen Regimes gerichtet waren. Zu der zwar relativ kleinen Gruppe der Helfer und Retter in Deutschland, die mit mehreren Zehntausend aber weit größer ist, als bisher angenommen, gehörten meist Menschen, die nie die Chance hatten, aus einer bedeutenden Position heraus den Sturz des NS-Systems zu betreiben.

Spätestens angesichts der Deportationen in die Vernichtungslager wurde die Rettung der Verfolgten zur dringlichsten Widerstandstätigkeit. Die Hilfe für Juden verlangte Konsequenz und Mut zum Risiko. Die Helfer, die ihr Handeln meist nicht als Widerstand, sondern als selbstverständlich und „normales, mitmenschliches Verhalten“ bezeichneten, widerlegen die Entschuldigung vieler Deutscher nach dem Krieg, man habe gegen den Nazi-Terror nichts tun können. Die Geschichten der Helfer zeigen, dass zwischen den Extremen des völligen Gehorsams und des todesbe-

reiten Widerstands durchaus Handlungsalternativen lagen. Selbst in den Jahren schlimmsten staatlichen Terrors gab es Männer und Frauen, die erstaunliche Möglichkeiten erschlossen, ihre Hilfe effizient durchzuführen, wenn sie sich dazu entschieden hatten. Inge Deutschkron, die als „U-Boot“ in Berlin überlebt hatte, sagte bei einem Seminar: „Es schien, als wären diese Menschen froh gewesen, auf diese Weise Widerstand leisten zu können.“ Leo Baeck, der letzte Präsident der Reichsvereinigung, formulierte es folgendermaßen: „Den Juden zu helfen, war manchmal die einzige Art, auf die ein Deutscher den Nazis gegenüber seine Opposition auszudrücken vermochte.“ Aber fast immer ging es in erster Linie darum, einen ganz bestimmten Menschen zu retten. Die Kenntnis und Erkenntnis des menschlichen und mutigen Handelns dieser Helfer in einem Meer von Inhumanität können zur Überprüfung der eigenen Position führen und zu Solidarität und Zivilcourage im Alltag der Gegenwart ermutigen. Dies setzt aber voraus, dass nicht Helden auf ein Podest gehoben, sondern die individuellen Handlungsspielräume und Zwangslagen von Helfern und Verfolgten dargestellt werden. Die Beschäftigung mit den Geschichten der Retter, die nicht nur von Heldenmut und Erfolg, sondern auch von Angst und Versagen sprechen, ermöglicht Empathie und Identifikation mit den handelnden Personen und gibt Antworten auf die Frage nach individueller und kollektiver Verantwortung.

Literaturhinweise

Beate Kosmala/Claudia Schoppmann (Hrsg.), Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941-1945 (Reihe Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit, Bd. 5), Berlin 2002.

Beate Kosmala/Revital Ludewig-Kedmi, Verbotene Hilfe. Deutsche Retterinnen und Retter während des Holocaust. Beilage: CD-ROM mit 200 Fotos, 92 Lexikonbegriffen, 85 Audiostellen, Zürich-Donauwörth 2003.

Wolfgang Benz (Hrsg.), Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer, München 2003.

Wolfram Wette (Hrsg.), Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt am Main 2002.

Wolfram Wette (Hrsg.), Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS, Frankfurt am Main 2003.

Beate Kosmala, Zwischen Ahnen und Wissen. Flucht vor der Deportation (1941-1943), in: Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hrsg.), Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938-1945, (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 20), Göttingen 2004, S. 135-159.

Einrichtungen, die sich mit der Dokumentation von Menschen befassen, die Juden lebensrettende Hilfe leisteten:

Zentrum für Antisemitismusforschung
Technische Universität Berlin
c/o Dr. Beate Kosmala
Ernst-Reuter-Platz 7
10587 Berlin

Tel.: 030 - 314 - 25467
kos@zfa.kgw.tu-berlin.de

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin

Tel.: 030 - 26397841
info@gegen-vergessen.de

Museum Blindenwerkstatt
Otto Weidt
Dependance der Stiftung
Jüdisches Museum Berlin
Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin

Tel: 030 - 28 59 94 07
www.blindes-vertrauen.de

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Regionale Arbeitsgruppe
Mittelrhein
c/o Dr. Werner Jung
Mülhauser Str. 23
50739 Köln

Tel.: 0221 - 22126340
werner.jung@stadt-koeln.de

